



## **Unterrichtung 20/306**

der Landesregierung

### **Entwurf des Verwaltungsabkommens „Änderungsvereinbarung zur Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter (Investitionsprogramm Ganztagsausbau)“**

Die Landesregierung unterrichtet den Schleswig-Holsteinischen Landtag gem. § 5 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Parlamentsinformationsgesetz (PIG).

Federführend ist das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur.

Zuständiger Ausschuss: Bildungsausschuss



**Ministerin**

Präsidentin des  
Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Frau Kristina Herbst  
im Hause

Kiel, 17. Dezember 2025

### **Unterrichtung nach dem Parlamentsinformationsgesetz**

hier: Entwurf des Verwaltungsabkommens „Änderungsvereinbarung zur Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter (Investitionsprogramm Ganztagsausbau)“

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

mit diesem Schreiben möchte ich Sie gemäß § 5 in Verbindung mit § 3 Absatz 2 des Parlamentsinformationsgesetzes (PIG) über den Entwurf der „Änderungsvereinbarung zur Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter (Investitionsprogramm Ganztagsausbau)“ sowie über die Absicht unterrichten, die Verwaltungsvereinbarung durch das Land Schleswig-Holstein unterzeichnen zu lassen.

Ich bedauere, dass ich das Parlament nicht zu einem früheren Zeitpunkt informieren und die in § 5 in Verbindung mit § 3 Absatz 2 PIG bestimmte Frist von vier Wochen einhalten konnte. Dies ist der Dringlichkeit des Anliegens geschuldet.

Mit dem Gesetz zur Verlängerung der Fristen im Investitionsprogramm Ganztagsausbau wurden das Ganztagsfinanzhilfegesetz vom 2. Oktober 2021 (BGBl. I S. 4602, 4603), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 2021 (BGBl. I S. 5248) geändert worden ist, und das Ganztagsfinanzierungsgesetz vom 9. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2865), das

zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 2021 (BGBl. I S. 5248) geändert worden ist, dahingehend geändert, dass die Frist zur Umsetzung von Maßnahmen um zwei Jahre (statt wie bisher 31. Dezember 2027 nunmehr 31. Dezember 2029) verlängert wurde. Das Gesetz ist am 24. Juli 2025 in Kraft getreten.

Die dem Ganztagsinvestitionsprogramm zu Grunde liegende Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter (Investitionsprogramm Ganztagsausbau) zwischen Bund und Ländern bedarf einer Anpassung an die durch das Gesetz bedingten neuen Fristen.

Mit der hier gegenständlichen Änderungsvereinbarung zur Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter (Investitionsprogramm Ganztagsausbau) werden auf Ebene einer Bund-Länder-Vereinbarung die erforderlichen Anpassungen mit Blick auf die durch das Gesetz geänderten Fristen samt Folgeänderungen (statt 31. Dezember 2027 nunmehr 31. Dezember 2029) vorgenommen. Der Bund hat das Unterzeichnungsverfahren zur Änderungsvereinbarung initiiert. Die Änderungsvereinbarung tritt mit Unterzeichnung durch Bund und Länder in Kraft. Die landeseigene Richtlinie zur Umsetzung des Investitionsprogramms aufgrund von Finanzhilfen des Bundes und Mitteln des Landes Schleswig-Holstein zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter (Investitionsprogramm Ganztagsausbau) wird entsprechend der neuen Fristen geändert.

Die Landesregierung hat beschlossen, die Änderungsvereinbarung zur Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter (Investitionsprogramm Ganztagsausbau) zu unterzeichnen.

Mit freundlichem Gruß

gez.

Dr. Dorit Stenke

Anlage

**Änderungsvereinbarung  
zur Verwaltungsvereinbarung  
zur Durchführung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes  
zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im  
Grundschulalter (Investitionsprogramm Ganztagsausbau)**

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland  
– nachstehend „Bund“ genannt –  
und den Ländern

werden die in der „Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter (Investitionsprogramm Ganztagsausbau)“ vom 17. Mai 2023 geschlossenen Vereinbarungen aufgrund des Gesetzes zur Verlängerung der Fristen im Investitionsprogramm Ganztagsausbau, welches am 24. Juli 2025 in Kraft getreten ist, einvernehmlich geändert.

**1. Zu § 2:**

In Absatz 1 wird folgender Satz 2 ergänzt:

Eine erneute Herstellung des Einvernehmens ist nicht erforderlich, soweit die Änderungen in den Länderprogrammen allein der Umsetzung der Fristverlängerung, welche durch das Gesetz zur Verlängerung der Fristen im Investitionsprogramm Ganztagsausbau vom 17. Juli 2025 erfolgt ist, dienen.

**2. Zu § 5:**

a) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

Die Zusätzlichkeit in Bezug auf die Summe der Investitionsausgaben der Länder ist gegeben, wenn Investitionen, die dem Zwecke des Ganztagsausbaus für Grundschul Kinder dienen, ab Inkrafttreten des GaFinHG am 12. Oktober 2021 (Artikel 7 Absatz 1 GaFöG) bis zum Ende des Förderzeitraumes am 31. Dezember 2029 (§ 2 GaFinHG) nicht durch die Finanzhilfen des Bundes ersetzt werden (summenbezogener Ansatz).

b) Absatz 2 Satz 6 wird wie folgt gefasst:

In den Haushaltsjahren 2026 bis 2029 dürfen die Investitionsausgaben der Länder den Referenzwert ohne Angabe von Gründen jährlich um maximal 20 Prozent unterschreiten.

c) Absatz 2 Satz 7 wird wie folgt gefasst:

Weitere jährliche Abweichungen vom ermittelten Durchschnittsansatz in den Haushaltsjahren 2026 bis 2029 von mehr als 20 Prozent bedürfen sachlicher Gründe, über die mit dem Bund Benehmen herzustellen ist.

d) Absatz 6 wird wie folgt gefasst:

Die Wahl eines Ansatzes ist mit Inkrafttreten der Verwaltungsvereinbarung für den gesamten Förderzeitraum im Sinne von § 2 GaFinHG verbindlich. Die Länder Baden-Württemberg, Berlin und Hamburg weisen die zusätzliche Verwendung der bereitgestellten Bundesmittel durch den summenbezogenen Ansatz nach, die Länder Bayern, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und

Thüringen durch den vorhabenbezogenen Ansatz, die Länder Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt erbringen Angaben gem. § 5 Absatz 4.

### **3. Zu § 7:**

- a) Absatz 1 Nummer 8a Satz 3 wird wie folgt gefasst:

Zudem ist für die Haushaltsjahre 2026 bis 2029 nachzuweisen, dass die Ist-Investitionsausgaben des Landes den ermittelten Durchschnittsansatz jährlich um nicht mehr als 20 Prozent unterschritten haben

- b) Absatz 1 Nummer 8a Satz 4 wird wie folgt gefasst:

Sofern die Investitionsausgaben den ermittelten Durchschnittsansatz in den Haushaltsjahren 2026 bis 2029 jeweils um mehr als 20 Prozent unterschreiten, sind hierfür sachliche Gründe vorzutragen, über die mit dem Bund Benehmen herzustellen ist.

- c) Absatz 1 Nummer 8b Satz 1 wird wie folgt gefasst:

Für den summenbezogenen Ansatz nach § 5 Absatz 4 ist einmalig zum letzten Übermittlungszeitpunkt gemäß Absatz 1 Satz 1 nachzuweisen, dass die Ist-Investitionsausgaben in den Haushaltsjahren 2022 bis 2029 den nach § 5 Absatz 4 Nummer 2 heranzuziehenden Referenzwert nicht unterschritten haben.

### **4. Zu § 11:**

Absatz 2 Nummer 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

Die Darstellung der Investitionsausgaben in den Haushaltsjahren 2026 bis 2029 ist über die Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung zum nächstfolgenden Berichtszeitpunkt gemäß Absatz 1 vorzulegen;

### **5. Verweise:**

a) Soweit in der „Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter (Investitionsprogramm Ganztagsausbau)“ auf das Ganztagsfinanzhilfegesetz (GaFinHG) und das Ganztagsfinanzierungsgesetz (GaFG) verwiesen wird, gelten die in diesen Gesetzen getroffenen Regelungen in der jeweils aktuell geltenden Fassung.

b) Soweit in der „Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter (Investitionsprogramm Ganztagsausbau)“ auf die unter 1. bis 4. genannten Regelungen verwiesen wird, gelten diese in ihrer geänderten Fassung.

c) Die übrigen Regelungen der „Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter (Investitionsprogramm Ganztagsausbau)“ bleiben unverändert.

### **6. Inkrafttreten:**

Die Änderungsvereinbarung tritt am Tag nach Unterzeichnung durch Bund und Länder in Kraft.